

Litteraturgranskningar

Leo Bartonek, *Der Topos 'Nähe' – Ernst Blochs Eintrittsstelle in die Sozialwissenschaften. Ein Beitrag zur Ontologie der modernen Gesellschaft*, Stockholm: Universitet Stockholm, Statsvetenskapliga institutionen, 1992.

Wenn es aber einen Wirklichkeitssinn gibt, und niemand wird bezweifeln, daß er seine Daseinsberechtigung hat, dann muß es auch etwas geben, das man Möglichkeitssinn nennen kann.

(Robert Musil, *Der Mann ohne Eigenschaften*)

Selbst wenn er es im Untertitel bescheiden als 'Beitrag zur Ontologie der modernen Gesellschaft' angibt, so verfolgt Leo Bartonek in *Der Topos 'Nähe'* zweifellos ein hochgestecktes Ziel. Der Autor diskutiert zunächst die gesellschaftstheoretischen Ansätze von drei Autoren, die vermutlich in jeder Liste der bedeutendsten lebenden Politik- und Sozialwissenschaftler auf den ersten Rängen vorkommen werden: Jürgen Habermas, Pierre Bourdieu und Anthony Giddens. Er kommt zu dem Schluß, daß – entgegen ihrem Anspruch und einigen ihrer Errungenschaften zum Trotz – es letztlich keinem der drei gelingt, in überzeugender Weise die Vermittlung von Struktur und Praxis zu konzeptualisieren. Der Zusammenhang zwischen menschlichem Handeln und gesellschaftlichen Strukturen werde letztlich immer als ein 'geschlossener' aufgefaßt, in dem das Handeln des Individuums zwar etwas Besonderes, aber eben nur eine Spezifikation der allgemeinen Strukturen sei, unter die es völlig subsumierbar bleibe. Im Anschluß an diese Kritik heutiger Gesellschaftstheorie wird argumentiert, daß es in den Arbeiten von Ernst Bloch bereits einen Ansatz gäbe, den Zusammenhang von Struktur und

Praxis 'offen' zu konzeptualisieren. Der Schlüssel zu diesem Versuch liege in dem Begriff der 'Nähe'. Er erlaube es, der zeitlichen Dimension menschlichen Handelns die ihr zukommende Bedeutung zu geben und jene Zeitform in den Mittelpunkt zu stellen, die einzig der Praxis gerecht werden kann: die Gegenwart. Bartonek skizziert hier das Programm eines, wie er formuliert, 'offenen Realismus' als Grundlage einer kritischen Sozialwissenschaft.

An diese beiden großen Schritte schließt ein dritter an, ein sogenannter 'offener Schluß', in welchem nochmals eine wesentliche Erweiterung der Argumentation vorgenommen wird, indem die Folgen einer Blochschen Perspektive für die Politikanalyse erörtert werden. Hier argumentiert der Autor, daß die Begriffe der Politik selber und des Staates allzuoft schon die Annahme eines geschlossenen Zusammenhangs implizieren, in welchem Pluralität nur Spielarten eines vorgegebenen Allgemeinen benennen könne. Alternativ dazu schlägt er den Begriff der Kultur als Grundlage einer offenen Thematisierung von Gesellschaft vor und verweist empirisch auf Forschungen zu sozialen Bewegungen, die – wenn vielleicht auch eher implizit – mit offenen Zusammenhängen arbeiten zwischen den Praktiken, auf die sie sich beziehen, und den sozialen Strukturen, die durch diese Praktiken möglicherweise verändert werden.

Diese Arbeit macht es ihren Lesern nicht leicht – insbesondere denen nicht, die davon ausgehen, daß die Sozialwissenschaften inzwischen auf soliden theoretischen und methodologischen Grundlagen ruhen und von dort ausgehend an einem sicheren Gebäude empirischen Wissens über moderne Gesellschaften arbeiten können. An diesen Fundamenten rüttelt der Autor sicherlich. Und dabei wird es diese Leser irritieren, daß viele der von

ihnen für Grundbausteine gehaltenen Elemente nicht einmal näher diskutiert werden. Zu weit scheint der Bauplatz Bartoneks entfernt.¹ Aber auch viele derjenigen, die – um eine andere Metapher zu verwenden – abseits vom und gegen den gemächlich fließenden Hauptstrom der Forschung schwimmen, werden sich in diesem Wasser hier nicht schnell wohlfühlen können. Für sie stehen die Namen Habermas, Bourdieu und Giddens ja oft als Beispiele dafür, daß es alternative Fundamente einer Sozialwissenschaft geben kann, die solider sind als das nur scheinbar stabile Hauptgebäude. Hier wirft Leo Bartoneks Analyse Zweifel auf die Sicherheit des Grundes, auf dem auch diese gesellschaftstheoretischen Alternativen stehen.

Ich betone diese Position des hier vorliegenden Textes in der gegenwärtigen Konstellation der Sozial- und Politikwissenschaften aus zwei Gründen. Zum einen, weil in ihr die Gefahr begründet liegt, daß er nicht in genügender oder angemessener Weise rezipiert wird. Zum anderen, weil in den Herausforderungen dieser Arbeit eine umso größere Notwendigkeit begründet liegt, sie ernstzunehmen. Zugleich bittet die Arbeit aufgrund ihres Anspruches aber auch geradezu um kritische Rückfragen.

Das Hauptanliegen dieses Buches ist es, in die Sozialwissenschaften ein Verständnis von Zeitlichkeit einzuführen, das allein es erlaube, gesellschaftliche Konstellationen als wirklich offene, d.h. also solche aufzufassen, in denen es den handelnden Menschen prinzipiell – wenn auch nicht unter jeglichen Bedingungen – möglich ist, diese Konstellationen in einer Weise zu verändern, die über alles Vorhandene und Gewordene hinausgeht. Dieses Anliegen erscheint mir notwendig und die Kritik an den drei genannten Gesellschaftstheorien auch nicht unberechtigt. Bartonek spürt den Autoren subtil und findig bis in sprachliche Eigenheiten nach.

Hier sollte allerdings auch eine erste Kritik ansetzen. Nicht immer wird die feine Analyse den Absichten und – zugegebenermaßen – auch Uneindeutigkeiten der kritisierten Texte gerecht. So argumentiert Bartonek beispiels-

weise, mit dem Habitus-Konzept sei lediglich eine Spezifikation von Strukturen möglich, Bourdieu erlaube keine 'Lücke' zwischen Praxis und Struktur, verfüge über keine 'Zeitform des Werdens'. Nun enthält aber das spätere – nach dem *Entwurf einer Theorie der Praxis* – theoretische Hauptwerk *Sozialer Sinn* ein ganzes Kapitel zur 'Wirkung der Zeit', in dem Bourdieu von 'Ungewißheit' und 'Pause' spricht, den Begriff der 'Regel' zurückweist.² Es gibt dort also durchaus erhebliches Interesse für Zeitlichkeit und auch für den besonderen Status der Gegenwart. Praktiken, so Bourdieu, 'lassen sich nur erklären, wenn man die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen der Habitus ... geschaffen wurde, und die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen er angewandt wird, zueinander ins Verhältnis setzt.' Und später: 'Das praktische Verhältnis eines bestimmten Handelnden zur Zukunft, das seine *Gegenwartspraxis* beherrscht, definiert sich nämlich .. in dem Verhältnis zwischen seinem Habitus (insbesondere den zeitlichen Strukturen und den Dispositionen zur Zukunft, die sich gebildet haben, solange ein bestimmtes Verhältnis zu einer bestimmten Welt von Wahrscheinlichkeiten andauerte) und einem bestimmten Zustand der ihm objektiv von der Sozialwelt gebotenen Chancen.' Er nennt dies ein 'Verhältnis zu einer nach den Kategorien des (für uns) Möglichen und (für uns) Unmöglichen strukturierten Welt' und spricht vom Lesen der 'Gegenwart der vermuteten Welt' und dem Leben "'nach den eigenen Möglichkeiten" ... [d.h.] sich mit Prozessen zu verbünden, die das Wahrscheinliche zu realisieren suchen.'

Trotz manchmal wenig großzügiger Lesart der Texte von Habermas, Bourdieu und Giddens vermag Bartonek aber im großen und ganzen überzeugend zu zeigen, daß hier eine wirkliche, unzureichend bearbeitete Problematik vorliegt.³ Auf den ersten Blick verblüfft es, daß er bei ja doch recht unterschiedlich orientierten Theoretikern zu einer ähnlichen Diagnose kommt. Doch bei näherem Hinsehen findet sich ein Grund für diese negative Gemeinsamkeit im wissenschaftsgeschicht-

lichen Kontext der gegenwärtigen Theoriediskussionen, auf den ich kurz eingehen möchte.

Mit Hans Joas kann man als Konstitutionstheorien solche Gesellschaftstheorien bezeichnen, die ihren Ausgangspunkt von der Konstituierung von Gesellschaft aus den Praktiken der handelnden Menschen nehmen. Es gibt keine Strukturen ohne die lebenden handelnden Menschen, die sie beständig schaffen. Zu diesen Theorien zählt selbstverständlich diejenige Anthony Giddens', der die Bezeichnung ja entlehnt ist, auch die von Pierre Bourdieu und nur mit Einschränkungen – wegen ihres dualistischen Charakters – diejenige von Jürgen Habermas. Die hauptsächlich theoretische Kontroverse in der Gesellschaftstheorie verläuft zwischen diesen Konstitutionstheorien und den – wieder mit Joas – sogenannten Differenzierungstheorien, die eigenläufige gesellschaftliche Prozesse zulassen bzw. sogar ihren Ausgangspunkt von diesen nehmen.⁴ Was das theoretische Fundament angeht, besteht für mich in dieser Kontroverse kein Zweifel. Differenzierungstheorien jeglicher Couleur gelingt es nicht, ihre eigenen Begriffe in plausibler Weise zu begründen.

Die nachfolgende Frage ist dann jedoch die, wie in den Konstitutionstheorien Konstitution von Gesellschaft aus den Handlungen heraus betrachtet wird. Hier arbeitet Bartonek heraus, daß allen drei Theorien ein Bezug auf – weit verstanden – Alltagswelt gemeinsam ist. 'Lebenswelt, Habitus, Interaktion in 'encounters and routines', alle diese Begriffe verweisen auf Ähnliches. Diese Orientierung leuchtet zunächst ein, in doppelter Weise sogar:

– Zum einen – gegen den Objektivismus gerichtet – kann so gezeigt werden, daß die primäre soziale Welt nicht die der abstrakten Systeme und Institutionen ist, daß jene vielmehr aus 'Näherem', um einen Blochschen Terminus zu gebrauchen, konstituiert werden müssen. Dies ist ein Schritt in der Gesellschaftstheorie, hinter den niemand mehr zurückfallen sollte.

– Zum anderen – auf das Erreichen der Erkenntnisleistung des Objektivismus gerichtet – betonen alle diese Theorien die Selbstver-

ständlichkeit, Routinisiertheit, Sozialisiertheit, Beharrlichkeit dieses Alltagslebens; sie tun dies, um zu zeigen, daß Gesellschaftskonstitution aus Alltagsleben nicht unplausibel ist, daß es dort keine unvereinbare Vielheit gibt, deren 'Integration' reiner Zufall wäre, sondern eine Art Vorkonstituiertheit, die die reale Existenz von Gesellschaft verstehbar macht.

Dieses Vorgehen ist theoriegeschichtlich leicht verständlich. Ohne Aussagen dieser Art würden Habermas, Bourdieu und Giddens dem Verdikt, reine Hermeneutiker oder Mikroanalytiker zu sein, verfallen und ihr Ziel, eine umfassende Alternative bereitzustellen, verfehlen. Hier aber setzt Bartoneks Kritik ein: Aus seiner Sicht opfern die Konstitutionstheorien diesem Theorieziel das Schöpferische, Unvorhersehbare, Offene des menschlichen Handelns. Hier wird der Zusammenhang wieder geschlossen, der nur kurz – auf der programmatischen Ebene – geöffnet war. In diesem Sinne können wir *Der Topos 'Nähe'* als einen weiteren Schritt weg vom Objektivismus auffassen.

Zur Ausfüllung des Desideratums – eines Verständnisses von Zeitlichkeit – greift Leo Bartonek auf Ernst Bloch zurück. Auch dieser Schritt mag zunächst überraschen, wird aber theoriegeschichtlich sehr plausibel, wenn man sich vor Augen hält, daß Blochs Arbeiten von der 'Forderung nach einem anderen Realitätsbegriff als dem verengten und erstarrten der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts' (128) geprägt waren, er sich also auch in einer Auseinandersetzung mit deterministischen und objektivistischen Anschauungen sah.⁵

Nun war Bloch allerdings kein Sozialwissenschaftler, sondern Philosoph. Bartonek spricht entsprechend vorsichtig von der 'Eintrittsstelle' Blochs in die Sozialwissenschaften. Seine Absicht ist es, das sozialwissenschaftliche Potential des Blochschen Begriffs der Nähe deutlich zu machen, der die spezielle Zeitlichkeit und die inhärente Möglichkeitsform des menschlichen Handelns in der Handlungsgegenwart kennzeichnet. Das Blochsche Denken zu akzeptieren, hat gewichtige Folgen für die Gestalt und sogar die generelle Mög-

lichkeit von Sozialwissenschaft überhaupt (77, 225-7). Methodologische Diskussionen werden in den Sozialwissenschaften ja oft um die Formalisierung und Operationalisierung (vgl. dagegen 122-3), in den Geschichtswissenschaften um die Frage der zeitlichen Distanz (vgl. dagegen 153) geführt. Für Bartonek hingegen neigen solche Vorstellungen von Möglichkeiten der Systematisierung von Phänomenen und von der historischen Erklärung zu sehr dazu, 'Geschlossenheit' sozialer Prozesse zu konstruieren. Oft sind es Mittel, die Gegenwart zu disziplinieren oder auszuschließen. Hier berührt sich, wenn ich es richtig sehe, Bartoneks Ansatz mit neueren Diskussionen etwa in der Ethnologie oder in feministischen Ansätzen ebenso wie mit der Kontroverse um Lokalismus und Universalismus, die ja von der Wissens- und Wissenschaftssoziologie über die politische Diskussion bis zum Postmodernismus an vielen Orten theoretischer Debatte eine Rolle spielt. Er nimmt somit eine erhebliche Distanz zu den konsolidierten sozialwissenschaftlichen Kerndisziplinen ein, ohne jedoch das Projekt der Sozialwissenschaft überhaupt aufzugeben, wie es so oft in der postmodernen Perspektive geschieht.

Wohl aus dem letztgenannten Grunde hält Bartonek nicht mit der sozusagen rein ontologischen Erörterung inne, sondern versucht darzulegen, welche Auswirkungen seine Konzeptualisierung für konkrete politikwissenschaftliche Analysen hat. Hier verschiebt sich, mit anderen Worten, die Analyseperspektive von der Ontologie zur Zeitdiagnose. In diesen Darlegungen stellen sich die meisten Fragen. Dies ist aber weniger dem Autor als vielmehr den Dimensionen der Problematik zuzuschreiben.

Bartoneks Ansatzpunkt ist es hier, die Beobachtung der Geschlossenheit sozialwissenschaftlichen Denkens – oder wissenschaftlichen Denkens überhaupt – auf die Politik zu übertragen. Für einen solchen Schritt gibt es gute Gründe. So formulierte Zygmunt Bauman beispielsweise kürzlich 'The practice of science is in its innermost structure no different from that of state politics; both aim at a monopoly

over a dominated territory, and both reach their aims through the device of inclusion/exclusion.'⁶ Dennoch wirft diese umstandslose Übertragung Fragen auf.

Zunächst ist eine auffallende Diskrepanz hinsichtlich der drei Kritisierten festzustellen. Alle haben ja neben den eigentlich theoretischen auch zeitdiagnostische und politische Beiträge verfaßt. Nun ist mein Eindruck hinsichtlich der Theorien, daß Habermas Bartoneks Forderungen am wenigsten gerecht wird, gefolgt von Bourdieu und dann von Giddens, der noch vergleichsweise am offensten ist. Sieht man sich die drei hingegen als politische Intellektuelle an, so dreht sich die Rangfolge von Kritikfähigkeit und -bereitschaft um, scheint mir. Der Verdacht drängt sich auf, dies habe etwas mit den Theorieprogrammen zu tun. Eine im eigenen Selbstverständnis 'offenere' Sozialwissenschaft mag sich den Boden für eine kritische Position selbst entziehen. Bestätigungen für eine solche Befürchtung finden sich nicht nur in der postmodernen Proklamation des Endes der Intellektuellen, sondern auch generell in neueren Diskussionen um die Kritikfähigkeit der Sozialwissenschaften.⁷

Darüber hinaus wirft Bartoneks Analyse hier auch substantielle Fragen auf. Die Gegenüberstellung der Begriffe von Politik und Kultur überzeugt nicht recht, da fast unvermeidlicherweise eine dualistische Gesellschaftstheorie konstruiert wird, die Bartonek am Beispiel Habermas' zuvor zu recht kritisiert hatte. Die Folge sind zum einen Probleme der Zuordnung von Phänomenen: warum etwa sollten soziale Bewegungen als kulturell, nicht aber zugleich auch als politisch verstanden werden? Zum anderen gibt es politisch wohl doch ein wirkliches Problem mit der Vielheit und Offenheit, nämlich die Frage der Modi von Repräsentation, Interessenaggregation und Entscheidungsfindung. Dies scheint mir ein konzeptionell ungelöster Aspekt sozusagen postmoderner Politik zu sein – von Gianni Vattimos Vorschlägen für eine 'transparente Gesellschaft' in Italien bis zu den Diskussionen über Multikulturalismus in den USA.

Dort, wo Bartonek eingehender politische Problematiken behandelt, nähert er sich un-

Dort, wo Bartonek eingehender politische Problematiken behandelt, nähert er sich unvermeidlich Aspekten normativer politischer Theorie. Dabei beklagt er durchgehend Abschließungen und die Subsumtion des Besonderen unter das Allgemeine und verlangt demgegenüber Offenheit und eine Betonung von schöpferischer Vielfalt. Zwei vielleicht gegenläufig wirkende Fragen drängen sich auf. Der These von der Abschließung zum Trotz gibt es doch offenbar gesellschaftliche Bereiche, in denen wir ständig mit zum Teil radikalen Öffnungen umgehen? Ich spreche vom *Neuen, Offenen* in Wissenschaft, Technik, Wirtschaft. Betrachten wir etwa Gentechnologien und das Humangenom-Projekt, das ist zweifellos eine *Front*, nur eine sehr problematische, die in der Tat die Frage nach dem 'richtigen Leben' aufwirft (205, 223). Kurz gesagt: das Schöpferische hat nicht immer das normativ Wünschenswerte zum Ergebnis.

Auf der anderen Seite: wenn wir uns die Handlungen und Praktiken in unseren Gesellschaften ansehen, dann stellt sich die Frage nach dem wirklichen Gewicht des Offenen, nach der Größe des objektiv-real Möglichen, um es mit Bloch zu sagen. Beeindruckt denn nicht empirisch die Selbstverständlichkeit, Routine, Alltäglichkeit vielen Handelns, auch die Konsequenzlosigkeit von gravierenden, sogar skandalösen Vorgängen (93, 97). Haben Habermas, Bourdieu und Giddens – z.T. gegen ihre eigene Intention – nicht viel mehr recht, als man oft wünschen sollte? Auch wenn Leo Bartonek solche Frage nicht beantworten kann, gelingt es ihm doch, zu ihnen anzuregen, verschüttete Dimensionen aufzuzeigen, Probleme bloßzulegen und auf Wege ihrer Bearbeitung hinzuweisen.

Zur Erläuterung eines offenen Verständnisses von sozialen Auseinandersetzungen bezieht sich Bartonek auf Bemerkungen von Ulrich K. Preuß zu den unablässig wieder einmal demokratietheoretischen Problemen der 'deutschen Frage'. So ist es auch mir vielleicht erlaubt, an eine Beobachtung aus der jüngeren Vergangenheit anzuknüpfen. In der Humboldt-Universität zu Berlin steht in der Eingangshalle, dem Portal gegenüber, an der

Wand der Satz: 'Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.' – ein Satz, der Ernst Bloch gefallen hat und an dessen Umsetzung er selber sich beteiligte. Nun ist aber auch diese Utopie in der Wirklichkeitsform, in der Bloch ihr begegnete, eher eine vom Typ Campanellas gewesen, in welcher Sonderung nur im detailliert vorgegebenen Rahmen eines Allgemeinen möglich war. Als dann das Eis dieser gefrorenen Utopie schmolz, schien es eine kurze Zeit der Offenheit zu geben, die jedoch schnell in neue und gar nicht so neue Ordnungen überging. Die Frage, die eine Analyse wie die Leo Bartoneks aufwirft, ist: Wenn es in der *Gegenwart* jener offenen Periode mehr sozialwissenschaftliche Versuche mit einem Blick auf das *objektiv-real* Mögliche gegeben hätte, hätte das die Situation selbst nicht zu größerer Offenheit verändert? Sicher ist, daß es sie kaum gegeben hat – und Bartonek zeigt, welche Ursachen dies auch in den vorherrschenden sozialwissenschaftlichen Ontologien gehabt haben könnte. Im Sinne seiner eigenen These vergrößert seine Arbeit vielleicht die objektiv-reale Möglichkeit für eine offenere Sozialwissenschaft.

Peter Wagner
November 1992

Anmerkungen

1. Um nur ein Beispiel zu geben: Wenn ein Theoretiker vom Schlage eines Randall Collins Giddens wegen dessen Romantizismus kritisiert, wird dieser dann erst sagen, wenn *gegen* Giddens wiederum Friedrich Schleiermacher kritisch ins Feld geführt wird. ('The romanticism of agency/structure versus the analysis of micro/macro', *Current Sociology*, Bd. 40, 1992, H. 1)
2. Pierre Bourdieu, *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*, Frankfurt/M., Suhrkamp, 1987 (orig. *Le sens pratique*, 1980), Zitate von den Seiten 181, 194, 189, 105, 120-1.
3. Es sei kurz angemerkt, daß es vielleicht andere Sozialwissenschaftler und Gesellschaftstheoretiker gegeben hätte, bei denen der Bartoneksche

Blick freundlicher ausgefallen wäre, etwa Cornelius Castoriadis, Alain Touraine oder Hans Joas.

4. Hans Joas, *Die Kreativität des Handelns*, Frankfurt/M, Suhrkamp, 1992, S. 336-48.

5. Zahlen in Klammern verweisen auf die entsprechende Seite in *Der Topos 'Nähe'*.

6. Zygmunt Bauman, *Modernity and Ambivalence*, Cambridge, Polity Press, S. 8.

7. Zu ersterem s. Jean-François Lyotard, *Tombeau de l'intellectuel et autres papiers*, Paris, Galilée, 1984; zu letzterem Sophie Ernet, 'Une rupture avec la sociologie critique', *Espaces Temps*, 1992, H. 49/50, S. 33-40

Frédéric Bon: *Les discours de la politique*. (Textes réunis et présentés par Yves Schemel) Paris: Economica 1991.

Den franska statsvetenskapen framstår ofta som självgod och isolationistisk. Språket blir en bärriär för den anglosaxiskt inspirerade forskaren och då inte bara med avseende på ordförståelse, utan lika mycket ett främlingskap för det teoretiska uttryckssättet, byggt på den kontinentala filosofiska traditionen.

Strax efter den franske statsvetaren Frédéric Bons alltför tidiga död 1990, publicerades postumt en samling av hans artiklar och essäer kring språk och politik. Bon hann under sin verksamma tid, sedan mitten av 1960-talet, publicera en stor mängd arbeten i de mest skilda ämnen. I klassisk fransk tradition hävdar han att "all politik är språk" och därmed att ett språkfilosofiskt perspektiv kan anläggas på hela politikforskningen.

Bon skriver i en artikel om språkbruk och politik från 1985 att "det politiska handlandet självt tycks syfta till en produktion av tal och symboler." I artikeln går Bon emot tanken på att våldet skulle kunna undslippa ett sådant språkligt tvång. Även våldshandlingar, menar Bon, kan med fördel göras till språkliga handlingar, öppna för tolkande analys. Bon refererar här till Max Weber som menade att politik hade sina rötter i våldet, men i det "legitima våldet". Men hur kan vi tala om legitimt våld

om vi inte tolkat våldet och klätt det i språklig dräkt? säger Bon. Våldet är sällan naket i politiken, istället arbetar politiken med våldets symboler, och dessa måste kunna lösas in i handling, på samma sätt som sedlar löses in i guld. Om symbolerna skall fungera måste de också ha auktoritativ makt bakom sig, om så inte är fallet "devalveras" makten på samma sätt som valuta devalveras om guldreserven tar slut. Också våldshandlingar måste alltså kläs i ord och inordnas därmed i en språklig analys av politiken, konkluderar Bon.

Flera av Bons mest framträdande arbeten är koncentrerade kring väljarforskning och ideologistudier. I hans forskning upphävs gränserna mellan kvantitativa och kvalitativa metoder på ett hälsosamt sätt. Den kvantitativa forskningens tolkande karaktär blottlägges hos Bon, tex ifråga om valdeltagande. I en artikel från 1979 diskuterar Frédéric Bon vad valhandlingen står för i medborgarnas politiska engagemang. Han pläderar för att röstande skall ses som en medborgerlig och nationell "rit".

Valhandlingen är både en individuell handling och en kollektiv. Den kan diskuteras, säger Bon, både som en beslutsprocess och ett resultat av densamma, både som en fördelning på politiska partier och en fråga om social förankring, både ifråga om motiv för partival och effekter på samhället. Bon drar en parallell mellan religiös liturgi och röstande, som för honom som fostrad i ett katolskt land känns naturlig.

Att se röstandet som en rit är dock inte tillräckligt, det är bara ett perspektiv, menar Bon. Han refererar här till en annan fransk väljarforskare, Philippe Braud, som hävdar att röstandet är en "pacificerings-ritual". Bon ser ritens snarare som en "kontaktrit" mellan folket och politikerna. I det perspektivet kan röstskolkandet tolkas som en vägran att komma i kontakt med politiken, i samma mening som uteblivande från mässan kan tolkas som en vägran att komma i kontakt med Gud.

Bon går vidare och menar att valhandlingen i detta perspektiv framstår som ett sätt att reducera det komplexa politiska livet till ett val mellan få och på förhand kända alternativ. I

Frankrike är detta särskilt tydligt, menar Bon, då väljarundersökningar mellan 1956 och 1978 visat att omkring 50 procent av den totala variansen i partival förklaras av en vänster-höger-position, detta trots att denna period kännetecknas av flera stora politiska omstörtningar, som de Gaulles maktövertagande 1958 och studentoroligheterna 1968.

Enligt Bon existerar kategorierna vänster och höger som en ritual för att reducera den politiska komplexiteten, långt innan de för medborgarna fyllts av ett innehåll. Detta hänger samman med den begränsning som den kultur där vi fostras utgör. Som belägg för detta tar Bon de franska väljarnas geografiska fördelning, där en anmärkningsvärd stabilitet mellan höger- och vänsterröster föreligger inom varje region. Här finns anledning att jämföra med Emmanuel Todd, fransk demograf, som i flera böcker framfört sina teser om att Frankrikes politiska karta dikteras av familjesyn, arvsrätt och religion vilket medför en skarp gräns mellan Nord- och Sydfrankrike i politiskt hänseende.¹

Ett annat av Bons framträdande studieobjekt är politiska ideologier. I en studie av det franska kommunistpartiet efter Stalin, skriven 1969, visar han att partiets samhällsteorier inte alls utvecklats efter den stalinistiska perioden. Det har istället blivit allt mera av boskillnad mellan vad Bon kallar den ekonomiska teorin och den politiska teorin. Det väsentligaste som inträffat är en formell acceptans av demokratin. Men denna tycks ha tillkommit utanför den gamla teoriramen och har alltså inte påverkat de övriga delarna av ideologin. Istället har ideologin kommit att bli mindre betydelsefull som en plan för handling. Ideologin betyder allt mindre för de ståndpunkter partiet intar och Bon vågar sig på gissningen att den kommunistiska partiideologin inte kommer att förändras i särskilt stor utsträckning under de kommande åren (efter 1969). Partiideologin kommer istället att spela en allt mindre roll för partiets aktiva arbete.

Bon menar att ett parti med en sådan välutvecklad politisk teoriram som det franska kommunistpartiet försvarar denna i det längsta. När förändringar inträffar i samhället så

lägger man till vissa dogmer utöver denna teoriram – som demokratin – och den ursprungliga teoriramen kvarstår oanfrätt. Den ursprungliga idelogin kommer att spela en allt mindre roll, medan de tillagda elementen blir styrande för dagspolitiken.

Vad är det då Bon gör som förtjänar att framhållas? Har vi inte här ännu en fransk skolastiker vars luftiga teoretiska rammar rymmer allt och intet?

Det som är intressant med Frédéric Bons forskargärning är hans försök att överskrida metodgränser och därmed avtäcka de grundläggande modeller som används i allt forskningsarbete. Han pläderar för att likartade logiska tolkningsmönster måste ligga till grund för såväl tabelltydande som ideologianalys. Utan dessa blir politikforskningen inget annat än astrologi eller efterhandskonstruktioner. Bon problematiserar både empirisk forskning och teoribyggande med avseende på den underliggande kunskapssynen, inte för att han tror att resultaten skulle bli så annorlunda, utan för att forskaren enligt hans uppfattning aldrig kommer åt de politiska fenomenen på något annat sätt. Man studerar ju inte ett språk under tiden det talas. Behärskar man inte grammatiken och förstår den underliggande strukturen blir de inlärdasatserna lösryckta och obegripliga. Lika olämpligt är det att försöka studera politik genom att rycka loss vissa politiska handlingar som röstande – eller vissa element – som ideologi – menar Bon. Vetenskapens syfte är ju inte, som ideologins, att ordna verkligheten, utan att förklara den.

Men häri ligger också svagheten i Bons arbeten. I hans mening är analytisk beskrivning eller en kategorisering inte tillräckligt för att motsvara hans uppfattning om vetenskapen. Därmed har han också frigjort sig från de empiriska grunder som ändock är en förutsättning för de stora teorierna. Riskerna med Bons pläderingar är att de endera förfaller till Pastor Janssons predikningar, alltså att teorierna blir så abstrakta och så övergripande att de inte diskriminerar för något och därmed blir innehållslösa, eller att han slår in öppna dörrar. Brottas kanske inte alla med problematiken kring generaliserbarhet, tolkningsmöjligheter

och grundläggande alltomfattande förklaringsmodeller? Det Bon säger kan förleda till att sätta sig med armarna i kors och konstatera att samhällsvetenskapen är en omöjlighet eller att allt är bra som det är.

Men istället kan delar av Bons resonemang inspirera till att i större utsträckning än nu, trots att vi fortsätter att arbeta empiriskt, behandla data med vad som traditionellt kallas kvalitativa metoder och att sätta in den politiska handlingen i en politisk grammatik. Den kvantitativa metodiken är framför allt, enligt Bon, en insamlingsmetodik.

Bon vill närma den politiska sociologin till naturvetenskapernas generaliseringmöjligheter. Sociologin generaliserar alltför lite trots sina stora datamängder och långa tidsserier. Detta beror på att mängden information från undersökningar av olika slag dränker forskaren, där denne istället, med hjälp av sina tidigare utvecklade logiska tolkningsmönster, skulle välja ut den information hon/han behövde.

Frédéric Bon ställde många metateoretiska frågor, frågor av den karaktär som forskaren ofta skyggar för. Den anglosaxiskt skolade statsvetaren som är villig att överse med en bitvis annorlunda och ibland svårgenomtränglig vetenskaplig diskurs har dock många infallsvinklar att upptäcka hos Bon. Han gjorde aldrig anspråk på att fullt ut besvara de stora frågorna, men han höll dem levande och vitaliserade därmed den vetenskapliga diskussionen.

Marie Demker

Noter

1. Se Todd, E: *La nouvelle France*. Seuil Paris 1988

Bent Flyvbjerg: *Rationalitet og magt. Bind I: Det konkrete videnskab; Bind II: Et case-baseret studie av planlægning, politik og modernitet*. Odense 1992: Akademisk Forlag.

Genom att göra en enda fallstudie av den planeringsprocess som ett stadsplaneprojekt i Aalborg genomgår får Bent Flyvbjerg läsaren att förstå hur komplicerat men ändå enkelt som maktens utövare lyckas driva igenom sina idéer. Bent Flyvbjerg, som är verksam vid Aalborgs Universitetscenter, har presterat en doktorsavhandling som nu är en bestseller i Danmark. Med en detaljrikedom som är enastående och med en välunderbyggd historisk berättelse om detta projekts tillkomst, sönderdelning och fall appellerar han till dem som är intresserade av verklighetens problem vid genomförandet av politik och planering. Samtidigt är avhandlingen grundlig även på det teoretiska planet. Man har valt att ge ut den i två delar, kanske är det klokt av förlaget som på så sätt kan vända sig till olika publikker. Med 177 respektive 463 sidor är jag benägen att hålla med om att en enda volym hade varit väl avskräckande.

Den första delen av avhandlingen är en genomgång av olika vetenskapsteorier med makt och rationalitet som tema. Flyvbjerg diskuterar här hermeneutiska kontra rationalistiska förhållningssätt till hur teorier utformas. Han citerar författare såsom Richard Rorty, Anthony Giddens, Harold Garfinkel, Michel Foucault, Hubert Dreyfus och Pierre Bourdieu. Från detta formulerar han argument om samhällsvetenskapens nuvarande tillstånd som ansluter sig till den hermeneutiska traditionen. Genom att studera det konkreta, och sätta in detta i sin kontext, menar han att det är möjligt att få kunskap om objektet för hans intresse, nämligen maktens "vem, vad, var och hur".

Den röda tråden i hela avhandlingen är analysen av *relationerna* mellan makt och kunskap, vilken är nödvändig för att förstå den komplexa beslutsprocess som formar planering, politik och miljöutfall – och som är ett samspel mellan offentligt och privat besluts-

fattande. Flyvbjerg slår dock in öppna dörrar när han kritiserar andra forskare för att inte studera hur implementeringen av program drar åt andra håll än det rationalistiska. Otaliga är ju de studier inom bl a implementationsforskningen – många av dessa studerar just olika miljöprogram – som visar just att top-down modeller av policy-program och deras genomförande inte fungerar som de var tänkta, utan att bli förvrängda, förvanskade eller helt enkelt aldrig förverkligade. Istället har forskare då fokuserat nedifrån, och tagit sin utgångspunkt i de policy-problem som uppfattas av olika aktörer på "fältet". Resultatet av implementationsforskningen blir då annorlunda och koncentrerar sig ofta på hur dessa aktörer organiserar sig för att lösa sina policy-problem. Försök har även gjorts att sammanföra dessa två perspektiv och studera policies både ur top-down och bottom-up perspektiv.

I sina slutsatser kommer Flyvbjerg också fram till något liknande en sådan syntes mellan de två perspektiven. Han tar Habermas som källa för top-down perspektivet och Foucault för bottom-up, där Habermas framstår som "den sista rationalisten" och Foucault som förespråkare för den detaljerade förståelsen av realpolitiken. Flyvbjerg använder sina teoretiker på ett övertygande sätt och får dem att berika den fängslande historien om Aalborgs stadsplaneprojekt. Det är dock den andra delen av avhandlingen – den konkreta fallstudien – som jag anser vara den största behållningen.

Från att ha varit ett mål-rationellt projekt om att förbättra trafikmiljön i Aalborg går detta stadsplaneprojekt igenom en serie av faser. Det fragmentiseras och ändras under genomförandeskedet. Av de totalt 41 delprojekt som skulle förbättra för kollektivtrafik och begränsa biltrafiken i centrum genomfördes endast 15 % enligt planen, 20 % delvis och 66 % inte alls under de åtta år som Flyvbjerg följt utvecklingen. Det beror på maktkonstellationen mellan Aalborgs köpmannaförening och kommunens tekniska facknämnd. Detta samarbete har århundraden på nacken, och påverkar i hög grad maktutövningen även i dagens samhälle. Rationella argument tillåts justeras efter maktens önskemål, och den politiska behandling-

en av projektet blir ett spel där utgången är förutbestämd av denna maktkonstellation. Det handlar om en stabil maktrelation, vilket gör den svåranalyserad med sådana forskningsmetoder som inte går på djupet. Flyvbjerg lyckas att fånga detta förhållande genom sin grundliga fallstudie, där ingen detalj i argumenteringen från de olika aktörerna verkar ha förbisetts. Detta är avhandlingens trumfkort, det är svårt att inte låta sig övertygas av alla öppenhjärtiga intervjuer.

Flyvbjerg pekar på två förhållanden inom forskningen som gör att verklighetens förhållande mellan makt och rationalism ofta blir försummad i analysen. För det första gäller att stabila maktrelationer mer sällan studeras och uppmärksammas jämfört med tillfällen för konfrontationer mellan intressen. För det andra att vad som händer *innan* och *efter* det att den formella planeringen äger rum sällan studeras av praktiska skäl.

I fallstudien får han fram att många av de "rationella" överväganden som gjordes under planeringsprocessens gång i själva verket var efterkonstruktioner. Som Flyvbjerg själv uttrycker det: "Magt producerer rationalitet". På så sätt legitimerar till synes rationalistiska motiveringar de beslut som redan tagits innan de kommit upp på till behandling av kommunens demokratiska organ. Till synes värderar man ut ex olika planalternativ men i praktiken är kriterierna för denna värdering satta så att endast ett alternativ passar. Detta är ett exempel på att teknik används för att rationalisera politik. I ett senare skede av hans fallstudie av planeringsprocessen finns exempel på att politik används för att eliminera teknik. Slutligen finns även exempel på försök att eliminera politik med hjälp av teknik.

Jag vill sluta med att återge ett av de många citat från fallstudien, som får tala för sig själv. Det är från en intervju med den tidigare stadsplanearkitekten i Aalborg (byplanchef) som får sammanfatta avhandlingens poäng om verklighetens rationalitet. Citatet ger samtidigt en bild av varför denna avhandling blivit

så populär – den är levande, tänkvärd, och behandlar i hög grad aktuella frågor om miljöpolitikens förverkligande:

”Der var den svaghed i argumentationen – eller i dokumentationen – at bussystemet på forhånd så sådan ud [med knudepunkt på Nytorv-Østeraagade]. Man havde jo de omstigninger på Nytorv. Man ville nå til det resultat [at busterminalen skulle placeres på Nytorv-Østeraagade] under alle omstændigheder.

Det er ligesom den historie om Lilleby, hvor klokkeren ringer til telefoncentralen, fordi han skal have stillet kirkeuret. Så ringer han til telefoncentralen og spørger, hvad klokken er, hvorefter telefondamen ser ud af vinduet på kirkeuret og siger: ’Den er fem’. ’Godt’, siger klokkeren, ’så passer mit ur’.

Katarina Eckerberg

Hans-Erik Olson: *Staten och ungdomens fritid. Kontroll eller autonomi?* Stockholm 1992: Arkiv avhandlingsserie 40.

Sammanfattning

I avhandlingens fokus står ungdomars fritid, eller den tid av dygnet de inte är tvungna att arbeta, vila eller umgås med sina närmaste. Hans-Erik Olson vill beskriva hur det gick till när fritiden blev ett politiskt problem. Han syftar också till att få fatt i de politiska aktörernas intentioner. Till sin hjälp tar han en s k aktör/struktur-ansats. Med struktur avses å ena sidan resultatet av människors handlanden, å andra sidan det mönster av normer, värderingar och verklighetsuppfattningar de bär på såsom materiella, ideologiska och politiska. Sådana förvisso grundläggande men föränderliga faktorer påverkar antingen medvetet i vad som kallas i en informationsström eller mer omedvetet i en socialisationsström aktörerna att fatta vissa beslut i olika slag av politiska församlingar som t ex Sveriges riksdag eller

Stockholms stadsfullmäktige. Båda dessa nivåer omfattas för övrigt i Olsons statsbegrepp och empiriska analys.

Fritidspolitiken är en maktrelation, där de respektabla med hjälp av statlig intervention försöker vinna kontroll över den icke-respektabla ungdomens fritid. Så kan man formulera den teoretiska ansatsen med vilken författaren går till verket för att vinna större klarhet ifråga om staten och ungdomens fritid. Nu har de vuxna väl alltid haft problem med sina ungdomar. Ändå var det främst under det förra seklet som urbanisering och industrialisering förde upp den sociala frågan på dagordningen; uppfostran i och utanför den allmänna folkskolan. Men den ideologiska kontroll som de beslutna utövade fick vika undan. Industrierbetet hade en stor del i skulden till att familjelivet blivit förvandlat i grunden. I städernas fabriksmiljöer mötte arbetarna klocktiden. Fritiden synliggjordes. De små lägenheterna förslög inte för de stora arbetarfamiljernas fritidsaktiviteter. Gatorna och gårdarna blev särskilt dess ungdoms fritidslokaler. Denna s k folkliga urbanitet oroade borgarfamiljerna kanske inte så mycket genom det beteende arbetarungdomarna uppvisade utan genom att borgarfamiljernas egna värderingar och normer utmanades. Barnen lämnades vind för våg när båda föräldrarna arbetade. Också det vittförgrenade föreningslivet av ekonomiskt, politiskt och religiöst slag tog föräldrarnas tid i anspråk i sådan utsträckning att familjeplikerna eftersattes. Dessutom hade de ungdomar som själva arbetade nu fått pengar som överskred deras utgiftsbehov. Tiden utanför arbetet blev större när barnarbetet minskade p g a industrins mekanisering. I slutet av seklet ansåg många borgerliga opinionsbildare att nya samhällsmetoder behövdes för att ersätta den ideologiska kontroll som familjen, kyrkan och skolan inte längre kunde eller fick garantera. Husböndernas makt över sina anställda, prästernas makt över sina församlingsbor, mästarnas makt över sina lärlingar – på punkt efter punkt försvagades kontrollinstrumenten. De etablerade kontrollerande institutionerna tvangs att avveckla sina ideologiska monopol över de enkla människorna, som bara blev fler och fler.

Hur skulle man kunna uppfostra särskilt industriarbetarklassens barn så att inte samhällets egen säkerhet skulle hotas av brottslighet och allmän förvildning? Den frågan oroadde inte minst folkskollärarna mot slutet av 1800-talet. Deras egen kontroll sträckte sig inte över tiden efter skolan. Den liberale riksdagsledamoten Fridtjuv Berg var en av dem, som i sin egenskap av sekreterare i deras yrkesförening, engagerat sig starkt i uppfostringsfrågan. 1896 skrev han en motion som ledde till att Tvångsuppfostrings-kommittén tillsattes med den konservative biskopen Gottfrid Billing som ordförande.

Kommittén anförde bl a brottsstatistik för att understryka behovet att förebygga brott. Ett samhällsansvar borde gestaltas. Varken skolrådet eller kyrkorådet kunde anförtros detta brett upplagda arbete. I sitt förslag om en lag angående vanartade och i sedligt avseende försummade barns behandling – vanartslagen – ville man inskriva obligatoriska barnvårdsnämnder för att tillsammans med alla andra goda krafter övervaka särskilt arbetarklassfamiljernas uppfostran av sina barn.

I den proposition som senare följde kunde Sveriges folkskollärare konstatera att de blivit bönhörda. Barnvårdsnämnder inrättades visserligen – men de skulle utgöras av skolråden. Prästerna däremot tvangs åse en i raden av många marginaliseringar av kyrkan.

Statens aktiviteter var dock inte de enda som riktade sig mot ungdomarnas fritid. Från slutet av 1800-talet togs en rad initiativ för att ordna för dem. Det var barnkrubbor, barnträdgårdar, folkbarnträdgårdar och skollovskolonier för de yngre. Men även för de äldre fanns ordnade fritidsaktiviteter, som arbetarstugor. Ofta startades de av enskilda personer ur de högre samhällsskikten för att kontrollera arbetarbarnens uppfostran så att bl a brottslighet kunde förebyggas. Men också ungdomarna själva började sluta sig samman i politiska organisationer, i allmänna gemenskapsföreningar men också i mera moralfostrande klubbar. IOGT startade sin verksamhet 1902, 1912 bildades ABF.

Olson skiljer mellan sådana föreningar som har en allmän-kulturell strävan, uppfostran som ideologi, och sådana som har en ideolo-

gisk profil, idelogin som uppfostran. Till de förra räknades olika föreläsningföreningar, kursverksamheter och hobbyverkstäder eller idrottsklubbar, vilka inte hade någon uttalad ideologi utan mest var av allmänt samhällsbevarande, fosterländskt och nationalistiskt slag. Det var verksamheter skapade av de vuxna för särskilt den föreningslösa ungdomen, vars håg av olika anledningar inte stod till de ideologiska frågorna eller helt enkelt inte var mogna för att ta itu med dem. De icke-respektabla ungdomarna var mer expressivt lagda och drog sig till enkla nöjen. Ledarnas roll var central. Ofta fanns utländska förebilder.

Till de senare, de mer uttalat ideologiskt identifierade, ska vi räkna dem vi kommit att kalla folkrörelserna, som hade en kritisk relation till staten. Där var det i större utsträckning ungdomen själv som organiserade sin egen verksamhet. Målmedvetet skapade dessa mer instrumentellt inriktade ungdomar sina organisationer. Väluppfostrat och respektabelt i samhällets ögon.

Samhället kunde dock inte i längden förlita sig på detta frivilligarbete. Få kommuner hade ännu 1917 implementerat de särskilda barnvårdsnämnderna. En socialpolitisk offensiv sattes nu in. Genom 1924 års barnvårdsförslag blev nämnderna obligatoriska. Kommunerna gavs uppdraget att ta ansvar för ungdomens fostran även på fritiden. Ett lapptäck av disparata lagar syddes ihop till en samlad text. Åldersgränsen för nämndernas ansvarsområde höjdes från 15 till 18 år och senare till 21 år. De som är professionella uppfostrare såsom präster, lärare och läkare tilldelades samhällsansvar.

Bakom denna förändring stod liberaler som Fridtjuv Berg och G H von Koch men också påtryckargrupper som CSA och Fattigvårdsförbundet. Ett av deras skäl var att utbreda de liberala och konservativa värderingar, vars dominans kunde hotas när en allmän rösträtt skulle föra socialdemokratin till en maktposition. Skolans roll reducerades. Socialpolitik blev vad författaren kallar en "självständig gren på det statliga uppfostringsträdet" (s 97). Socialdemokrater, däremot, levde i ett spänningsfält mellan å ena sidan en fatalistisk tro

på att utvecklingen i sig skulle leda till det socialistiska samhället, å andra sidan en praktisk erfarenhet av oerhörda mänskliga umbäranden. De ställde upp bakom barnavårdsnämnderna även om prästernas inflytande förändrade stridigheter inom partiet. Kanske kunde ungdomen räddas från inte bara brott och allmän osedlighet utan erbjudas alternativ till det sköjesraseri i danspalats och Folkets Hus som i det sena trettioåret blev föremål för en häskmoraliserande propaganda från framför allt de kristnas och de borgerligas håll.

En riksdagsmajoritet beslöt ändå om en utredning angående missförhållandena i nöjeslivet. Därmed fanns 1939 fyra utredningar som grubblade över fritidspolitiska problem. En av dem var ungdomsvårdskommittén, som ville tilldela den instrumentellt inriktade ungdomen ansvaret för att uppfostra den expressivt lagda; folkkrörelser som haft ideologin som uppfostran tilldelades av staten rollen att vara vårdare; alltså fick de uppfostran som en tilläggs- eller ersättningsideologi. De icke-respektabla ungdomarnas fritid skulle kontrolleras. Fram till 1939 skedde det huvudsakligen med lagar och skärpt kontroll. Men därefter skulle också de ljusa, positiva alternativen som ändå fanns i en i övrigt förmörkad kultur stödjas och uppmuntras.

Debatten om statens stöd till föreningslivet präglades av en spänning mellan de idéburna rörelserna och de allmänna ungdomsgårdarna. Den skar tvärs igenom de politiska partierna. I Stockholms stadshus fick den föreningsidealistiska linjen definitivt vika 1955. Den politiska majoriteten – föreningsrealisterna – trodde inte föreningslivet om att vare sig vilja eller kunna nå all ungdom. I Stockholm institutionaliserades en kommunal ungdomsrörelse med ungdomsgårdarna som bas.

Sammanfattningsvis har detta halvsekels politiska diskussioner haft det gemensamt, att den icke-respektabla föreningslösa ungdomen utgjort "ungdomsproblemet". Det var den ungdom som inte gick in i de framväxande folkkrörelserna av tveksamhet inför deras instrumentella livshållning. Någon expressivt gestaltad autonomi på fritiden har aldrig accepterats. Ett kontrollperspektiv har varit

grundläggande. Först städslade staten folk-skollärare och präster, senare ansvariga ungdomsledare och sist föreningsledare som legitimerade fostrare i kampen mot ungdomens alltför fria användning av sin fritid. Men bland de politiska aktörerna fanns med tiden en allt större tveksamhet till föreningarnas förmåga att fånga upp de oorganiserade. De verksamheter som började i privat regi institutionaliserades så småningom av stat och kommun. Ideologin som uppfostran fick ge vika för uppfostran som ideologi.

"Fritid" och "fritidspolitik"

Är fritidspolitik ett avgränsbart politikområde? Författaren säger sig inte se på fritiden som aktivitet, som tillstånd eller som holistisk idé¹. I stället väljer han att betrakta fritiden som tid, närmare bestämt det som inte är "tvångstid", eller det som blir över sedan vi arbetat, skaffat oss mat och ätit den, vilat oss, vårdat våra anhöriga samt utfört våra medborgerliga plikter. Med detta följer, såvitt jag förstår, att fritiden varierar i rum såväl som i tid. Olika människor har olika mycket fritid, en och samma människas fritid varierar under hennes livscykel.

Den debatt Olson faktiskt analyserar gäller dock knappast alls omfattningen av denna tid (jfr s 12). Objektet för studien är de offentliga samtalen om fritidens aktiviteter; vad förordar man för sysslor under fritiden, vad är det för attityder man vill ska råda för fritiden? När författaren säger att fritiden är en i högsta grad omtvistad arena där olika samhällsklasser för en politisk kamp mellan "de övre samhällsskiktens strävan till kontroll av proletariatets fritid och det senares kamp för autonomi på fritiden" (s 12), är det ju inte om tiden striden står utan om innehållet i betydelsen av aktiviteter. Striden gäller fritiden som aktivitet, och tillstånd (se även frågorna s 16), ja även fritidens frihetlighet (s 219). Om tiden varit intressantast, skulle helt andra politiska samtal ha följts, t ex arbetstidsdebatterna.

Forskning om fritidspolitik

Hur ska man då få fatt i de idéer som offentligt diskuterats om fritiden och dessutom förklara de aktiviteter som ordnats som offentliga angelägenheter? Och går det därur att skilja ut de frågor som gäller ungdomen?

I avhandlingen tangeras bara delvis social- och skolpolitiken medan de andra politikområdena inte närmare berörs. Avgränsningen är inte självklar. Före trettioåret går det väl knappast alls att tala om fritidspolitik; tio- och tjugotalets politiska aktörer definierar knappast själva något sådant politikområde. I t ex diskussionerna om arbetslöshet och ungdomsarbetslöshet torde däremot mycket stå att finna beträffande synen på ungdomens fritid.

Ungdomens fritid är en avgränsning som förefaller mindre problematisk även om Olson inte säger när den börjar respektive slutar. Han säger att relationen mellan staten och ungdomens fritid framför allt kommit att manifesteras i två fenomen: offentliga bidrag till ungdomsorganisationer och kommunala ungdomsgårdar. Därmed har han operationaliserat relationen mellan staten och ungdomens fritid högst avsevärt och ställt frågan som en fråga om diskussioner och beslut av olika former för samhällsstöd till ungdomens fritidsaktiviteter.

Källor

När det gäller källor har brevsamlingsstudier avvisats. Dagspressen har likaledes uteslutits, vilket kanske är skada när särskilt partikonflikternas omfattning och innebörd senare ska klarläggas.

Eftersom en del av de centrala aktörerna fortfarande lever, kunde man möjligen ha uttömt möjligheten att vinna ytterligare information, låt vara med risk för att få en slagsida i materialet. Men syftet kunde ha varit att få hjälp att teckna den allmänna debattstämning som råder vid olika tidpunkter och som spelar en så central roll i avhandlingen.

Syftet

Hur har samspelet mellan aktörer och strukturer fungerat i relationen mellan staten och ungdomens fritid på nationell nivå och i Stockholm under tiden 1896 till 1954? Så lyder huvudfrågan. De operativa frågorna är:

1) Hur har stat och kommun intervenerat i ungdomens fritid? – en fråga om teknik; sedan

2) Varför har de gjort det? – en fråga om innehåll i aktörernas idéer, deras beroende av påtryckargrupper av olika slag; samt

3) Hur självständiga har aktörerna varit i förhållande till mer strukturella faktorer såsom urbanisering, tidigare fattade beslut och olika slags värderingar?

Aktörerna handlar inte oberoende, utan utsätts för olika påverkansströmmar: socialisation, alltså uppfostran, information, alltså kunskap, samt restriktion, alltså olika hinder som kringgärdar det politiska beslutsfattandet. De sistnämnda lämnar dock Olson därhän, eftersom han säger sig inte bry sig om beslut som kunde ha men aldrig har fattats. Här tolkar Olson indelningens fader Lennart Lundquist onödigt snävt. En inskränkning kan ju ha en relativ betydelse för att ett beslut blev som det blev. Nu är inte skadan så stor eftersom inte några påverkansströmmar alls dyker upp i de empiriska resonemangen.

Mer besvärande är Olsons oklarhet över förhållandet mellan aktör och struktur. Han säger att aktörerna påverkar strukturerna mer direkt, än strukturerna påverkar aktörerna. I figuren antyds en mycket mer direkt strukturell determinism, vilket också fläckvis färgar av sig i analysen. Att t ex brottsligheten bland stadsungdomen inte ökat i förhållande till ungdomarnas ökning är en sak. När Fridtjuf Berg och andra ändå inte var nöjda utan arbetade fram vanartslagen förvånas Olson. Men kan inte Bergs bedömning ha att göra med både att situationen alltjämt var bedrövlig och att de politiska ambitionerna undan för undan höjdes när man såg att förändringar kunde skapas? För sakframställningen i stort har dock inte heller det metateoretiska aktör-/strukturavsnittet den betydelse som initialt förespeglas.

De tre begreppsparen och deras tillämpning

a. Stat och samhälle

”Staten ses som en arena på vilken de klasser eller grupper som finns i samhället agerar för att komma i besittning av de instrument, som statens maktapparat utgör” (s 20 f), lyder statsdefinitionen. Både staten och samhället är arenor. I staten verkar klasser, i samhället individer som relativt fritt formulerar olika idéer kring vilka de organiserar sig. Också begreppet civilt samhälle passerar hastigt förbi under återopande av Hessler, Smith, Hirsch och Poulantzas.

Det är ett grumligt begreppspår. Det är svårt att se varför inte den weberska definitionen av stat som legitim maktutövning alls berörs. Den habermaska samhällsbestämningen som privatpersoner organiserade i partier och grupper ligger också nära till hands. Stat och civilt samhälle i Keanes mening hade kanske varit ett ännu naturligare och effektivt koncept med tanke på de empiriska problem Olson skulle ge sig i kast med. Att distinktionen stat och samhälle inte riktigt räcker till, framgår väl också av att en annan, i och för sig inte mindre problematisk distinktion mellan offentligt och privat tas till hjälp i den empiriska analysen (sid 198, 208 och 215 text, se även sid 22). När statsintresse förs in i analysen (s 37), förefaller kontakten med det ursprungliga statsbegreppet i varje fall tillfälligt brutet. Och när ”fritiden framträder som en självständig arena för politisk produktion” (s 12) är oklarheten rent besvärande, så mycket mer som denna slutsats sägs vara ”en central utgångspunkt för detta arbete” (ibid).

Statsbegreppet och statens relation till det civila samhället hade förtjänat en mer inträngande och ändamålsenlig begreppsutredning. I praktiken tycker jag dock att författaren kommer nära den weberska definitionen, text ”Det är to m naturligt att [de ideologier som finns i samhället] först manifesterar sig i aktioner av enskilda och grupper i samhället, innan dessa finner staten lämplig som ett instrument för att genomföra sina intentioner” (s 76, se även s 23 och 97).

Staten inkluderar den lokala staten, dvs kommunen, som här ses som en decentraliserad eller delegerad centralstatlig politik. Nu är det väl inte alldeles självklart. Kommunen kan och bör också betraktas som en gentemot staten självständig enhet, vid tiden före kommunallagarna rentav som privat association. Här skriver Olson ånyo onödigtvis fast sig i en principiell deklaration. Hans empiriska rön pekar delvis i en annan riktning. Hans stereotypa förförståelse gör honom impotent att teoretiskt ta hem poängen. Analysen av Stockholms stad visar sålunda, att den kommunala självstyrelsen visst har sin stora betydelse. Kommunen har och begagnar sig av en frihet att handla självständigt. Den har ett annorlunda perspektiv än de nationella kommittéerna. Huvudstaden tycks ha en relativ autonomi gentemot den centrala statsmakten (s 158, 203, 208, 210 och 215).

b. Kontroll och autonomi

Avhandlingens kraftfält konstitueras av begreppen kontroll och autonomi, vilka också utreds grundligare. I anslutning till Robert Dahl menar Olson att ideologisk kontroll är motsatsen till möjligheten att själv sätta sina egna normer.

Han är också medveten om kontrollbegreppets mångtydighet. Det kan avse syftet, strategin eller resultatet. Hans intresse sägs sammanfalla med kontroll som intention; vilka grupper försöker kontrollera andra gruppers fritidsbeteenden? Studien ska gälla autonomi mellan klasserna. Uttalat tycks dessutom relationen gälla staten och en särskild klass, arbetarklassen.

Referensen till Dahl är löftesrik. Dessvärre visar sig Olsons tolkning vara både felaktig och ofullgånge. Felaktig när Olson pådyvlar Dahl påståendet att ”det inte går att göra någon gradbestämning av vare sig kontroll eller autonomi” (s 22). Ett av Dahls stora bidrag till diskursen består i att han utvecklar begreppet relativ autonomi:

”[...] I believe that it helps one to perceive and to describe social relations more accurately if we think about ”amounts” of influ-

ence and autonomy as if they could vary – like income and wealth – over an indefinitely large range of values.

.../Some writers have conceived power – and by implication what I mean by autonomy and control – as if it could be described by only two quantities: all or none. Although this is far from the prevailing view, it offers such a strong contrast to the interpretation suggested here that to consider it briefly may be illuminating.”²

Inte heller har Olson rätt i att Dahl medvetet avstår från att diskutera hur kontroll förhåller sig till makt och inflytande. I den bok han åberopar behandlar Dahl på sidorna 17-20 frågan hur kontroll förhåller sig till makt och inflytande.

Olsons läsning av Dahl är också ofullständig. Han tycks inte ha upptäckt att Dahl faktiskt i samma avsnitt av nämnda bok preciserar begreppet ”social autonomy” till ”the complement of social regulation” i ett slags paradoxal relation till politisk autonomi som ”the complement of control...”³. Olson skriver förvånansvärt: ”Såvitt jag känner till har begreppet ”social autonomy” aldrig lanserats...” (sid 23). Olson försöker ett begreppsligt kapital han hade precis runt hörnet.

Han konstaterar också – varför? – att sociologer ”oftast helt oflekterat” (s 23) brukar använda begreppet social kontroll. Må så vara men t ex Edmund Dahlströms definition – ”processer som verkar i riktning mot social konformitet och motverkar social avvikelser”⁴ – borde inte framstå så motbjudande i Olsons föreställningsvärld om en kamp mellan olika norm- och värdesystem.

Olsons eget kontrollbegrepp är också frustrerande. Det är intentionerna bakom besluten som intresserar honom, säger han. Men han vill ju ”se hur kontrollsträvandena tar sig ut/.../vilka grupper som försöker kontrollera andra gruppers fritidsbeteenden” (s 22). Innan han hunnit skrida till verket har han därmed, för det första, lämnat intresset för vad som ligger bakom kontrollen. Hans empiriska fråga rör kontrollstrategin, alltså hur staten bär sig åt för att nå den åtråvärda kontrollen.

Inom ramen för en begreppsanalys har han, för det andra, stipulerat det empiriska resultatet. Genom fritidspolitikens söker vissa grupper reducera andra gruppers autonomi. Detta är fritidspolitikens syfte eller drivkraft (s 22). I praktiken har han snabbt förnekat sitt påstådda intresse för några intentioner; kontrollen är intentionen. Studien handlar om hur staten betedde sig för att uppnå den.

c. Respektabilitet och icke-respektabilitet

Olson ansluter sig till brittisk socialhistorisk forskning men också till den nya svenska folkrörelseforskningen. Det fanns en respektabel grupp ganska välutbildade och välavlönade arbetare, som bar upp arbetarklassens organisationer i hopp om att omsider få lön för mödan. Deras instrumentella läggning gav dem mer gemensamt med medelklassen än med den mer expressivt orienterade, den sk icke-respektabla, delen av arbetarklassen, vilken mer levde för stunden, utan att för den skull tillhöra det kriminella trasproletariatet (s 25). Det är striden mellan de respektabla och de icke-respektabla autonomi som fritidspolitikens sägs handla om.

Trots en ganska grov indelning står författaren på det stora hela här på ganska säker grund. Min enda tveksamhet gäller nyttan med att skilja mellan expressiva och instrumentella aktiviteter, ursprungligen konstruerad av Ulf Himmelstrand. Respektabel blir väl den som i handling själv respekterar de allmänt respekterade normerna och ger sig hän i organisationsarbetet. De icke-respektabla hyste inte samma respekt för det allmänt respektabla.

De icke-respektabla stod ofta utanför de formella organisationerna, säger Olson vidare. Men också de hade väl organisationer: både formella, t ex för motorburen ungdom, och informella? På så sätt fick de en social tillhörighet, en egen identitet och samhällelig institutionalisering. Olson menar också att respektabiliteten snarare var en roll än en ideologi. Arbetarna kunde ena dagen gå in i den, andra dagen träda ur. Men att respektabiliteten då skulle vara något som inte borgerligheten definierade utan arbetarna själva, är svårt att för-

stå, eftersom respektabilitet blir liktydigt med föreningsanslutning.

d. Bristen på könsperspektiv

I Hans-Erik Olsons avhandling anläggs aldrig något könsperspektiv. Utifrån en allmän förståelse av ungdomars fritid kan man förvänta sig att flickornas och pojkarnas fritid skiljer sig åt. Mellan raderna framgår också att problemet med den föreningslösa ungdomen ofta var ett pojkeproblem: byxfickssverige, ligapojkar, Matteuspojkar t ex. Under läsningen gror även frågorna: vilka blev alkoholister, vilka blev alkoholisthustrur, vilka blev brottslingar, vilka blev kvar att försörja familjen etc etc?

När Olson påstår att visserligen var graviditet före äktenskapets ingående olagligt och belagt med böter, ”men någon skam behövde inte föräktenskapliga förbindelser föra med sig” (s 27), får man anta att han skriver mot bättre vetande. Om hur det faktiskt förhöll sig vet vi numera en hel del. År 1884 kom t ex 400 gravida kvinnor resande till Stockholm på vinst och förlust till en särskild asyl på Söder. Överlag tvingades fyra av fem ogifta mödrar att lämna bort sina barn till fosterfamiljer eller till sk änglamakerskor. Mellan 1913 och 1924 vårdades 1 709 kvinnor på Stockholms allmänna BB för svåra infektioner efter illegala abortförsök.⁵ Ann-Sofie Ohlander redovisar att det vid 1907 års socialdemokratiska kvinnokonferens förelåg fyra motioner om förbättringar av ensamma mödrars ställning, tre av dem gällde de ogifta mödrarna och deras barn. I fokus stod de ogifta mödrarna, vilka befann sig i konflikt mellan vård- och försörjningsansvar. Deras rättsliga och sociala situation i samhället utmärktes av orättvisor och fördömanden. Och, konstaterar hon: ”Det kan vara viktigt att notera att de också gjorde detta utan några som helst moraliserande övertoner – utom mot de övergivande barnafäderna”⁶.

Så, den föreningslösa ungdomens autonomi Olson skildrar, vems autonomi var det? De nära nog idylliska skildringarna av bondesamhällets erotiskt vibrerande fäbodhelger, vems autonomi var de uttryck för? Vem stod för följderna?

Att det oftast var kvinnorna som tog saken i egna händer och skapade sociala alternativ medan männen pratade, är inte det också uttryck för desperation? Privata initiativ togs när det offentliga stod passivt. Och Elisif Thiels stadshusmotion med kvinnor ur fyra partier, kan inte det ge anledning till reflektioner av detta slag? Kanske tog de intryck av att det var flickorna som betalade priset för den sexuella sk friheten, i form av illegala aborter som inte sällan ledde till döden. Att de nybildade barnavårdsnämnderna skulle ha en kvinnlig ledamot (s 79) – vad låg bakom den förändringen? Det är ju ett mycket progressivt inslag i en tid som just accepterat kvinnlig rösträtt.

Det finns alltså skäl att tro att ett könsperspektiv hade varit fruktbart. Ny kunskap och nya aspekter hade kunnat presenteras. Det kan inte uteslutas, att författaren funnit olika idéer om pojkars och flickors fritid. Som den nu föreligger är avhandlingen företrädesvis en studie av staten och pojkarnas fritid.

6. Tesens bärkraft

De breda folklagrens ungdom har alltid självständigt och autonomt organiserat sin egen fritid men det är den föreningslösa icke-respektabla ungdomen som hela tiden utgjort ”ungdomsproblemerna”. Denna ungdoms autonomi på fritiden accepterades aldrig. Det gällde att försöka förändra denna ungdoms fritid och göra den mer respektabel. Från 1896 till 1955 har detta kontrollperspektiv varit grundläggande (s 213 f).

Avhandlingen hämtar sin intellektuella energi ur denna tes. Motfrågan, som naturligt inställer sig hos läsaren men aldrig ställs av författaren, blir: kontroll i vilket syfte? Av skäl jag angett utreds aldrig kontrollsyftet. Här och var får vi ändå veta att de moral-konservativa kontrollanspråk var i deras eget intresse, för att skydda dem själva, deras politiska värderingar och deras livsstil från förändring. Statens kontroll blev de besuttna klassernas självförsvaret mot oroligheter på stadens gator och mot revolution.

Men vad hade då de föreningslösa ungdomarna egentligen för självständighet? Stod de i själva verket inte i ett alldeles uppenbart beroendeförhållande till andra aktörer och strukturer, bl a till följd av att de saknade kunskaper, erfarenheter och vad vi idag kallar politisk kompetens och ibland ett avlönat arbete? Olson skriver själv att den föreningslösa stockholmungdomen i slutet av trettioåret saknade: "... tillräcklig livskraft på den ideologiska fritidsmarknaden" (s 76). Var det då inte andra aktörer eller strukturer av ekonomisk och social natur, som genom vad Olson själv kunnat kalla påverkansströmmar, höll dessa grupper i sitt grepp? En ökad kontroll från statens sida skulle göra dem mer autonoma i förhållande till andra. Hjälptill självhjälpt. Kontroll för autonomi. Tänk om det var det som var syftet!

Ungdomarna hade ju inte ens någonstans att ta vägen om så bara för "olika slag av förströelse" som Elisif Thiel skrev 1941. Den motionen tillkom utifrån ett kontrollperspektiv, säger Olson utan att observera att hon och hennes medmotionärer inte var främmande för att skaffa lokaler "som ungdomen kan betrakta som sina egna, där de kunna i viss utsträckning ha bestämmanderätt och där det finns möjligheter till olika slag av sysselsättning efter vars och ens kynne och läggning"⁷. Att den motionen skulle vara artskild från den åstrandiska från samma år, är heller inte alldeles uppenbart. Den senare hade ingen moraliserande grundton, säger Olson; men så här inleddes den:

Under den senaste tiden ha flera ungdomsligor avslöjats och sprängts i huvudstaden. Unga pojkar och flickor, de flesta i tonåren, ha lockats med i fördärvet av element med typiska kriminella anlag. Kontakt har nåtts på de billiga kaféerna. Dessa äro rastställen och värmestugor för stora delar av den ekonomiskt sämst ställda ungdomen.⁸

Var inte statens kontroll ett medel för att uppnå ett högre syfte, ungdomarnas verkliga självständighet? Var det inte detta socialdemokraterna åsyftade när de i sitt kulturpolitiska program sade sig vilja "bryta den passiviserande tendensen och ge bättre möjligheter till verklig

rekreation, till avspänning och återhämtning, yttre aktivitet och allsidig inre människoutveckling" (sid 207)? Olson kallar även detta för ett uttryck för folkbildarmoralism och fritidens rationalisering. Ett liberalt frihetskoncept – frihet från statligt tvång – tycks spela författaren ett spratt; statens kontroll av ungdomarna måste också förstås som en frihet till något.

När det gäller föreningsungdomen håller Hans-Erik Olson för troligt, att "en viktig drivkraft bakom uppbyggandet av föreningslivet var att de respektabla arbetare därmed kunde skilja ut sig från de icke-respektabla och bli accepterade av en borgerlighet" (s 75).

Återigen: Varför var det i så fall angeläget; vad var det man vill fly från och fly till? Ungdomslagen som funnits i byarna hade samlat alla mellan konfirmation och giftermål kring ett allmänintresse i byn. Konformiteten rådde, enligt Olson. Folkrörelseorganisationerna däremot byggdes upp kring och odlade särintressen. I bondesamhället rådde alltså ett närmast lyckligt naturtillstånd medan industrisamhällets förde med sig en split och söndring, som folkrörelserna förstärkte. Återigen saknas en mindre romantiserad, mer realistiskt skildrad utgångspunkt.

Liberale Fridtjuv Berg, senare ecklesiastikminister i Staaffs båda ministärer 1905-09 resp 1911-14, spelade en viktig roll i vanartslagens tillkomst. Egendomligt nog protesterade inte socialdemokrater mot en lag som redan till sin intention var en klasslag. Varför teg tex Branting? Jo, konstaterar Hans-Erik Olson:

Branting m fl insåg att vanartslagen inte skulle drabba den respektabla delen av arbetarklassen, utan enbart den icke-respektabla delen, som stod utanför rörelsen. Även inom arbetarrörelsen var det många, som ansåg att "kväset" nog kunde behöva få sin uppfostran förbättrad. I det tysta gjorde man gemensam sak med de borgerliga uppfostringsideologerna (s 46).

Den barnavårdsdag som efterträder vanartslagen karakteriserar författaren också som ett kontrollinstrument (s 95). Vad som var rätt och fel i barnens liv, skriver Olson, antogs

kunna fastställas objektivt av barnavårdsnämndens experter, d v s prästen, läraren och läkaren (s 79). Nu var det väl snarast så att kyrkan marginaliserades i de nya nämnderna. Viktigare är dock att Olsons fritidspolitiska koncept tycks leda honom vilse. Dess moraliska "bias" fördunklar kontexten för det politiska beslutsfattandet och de faktiska sociala omständigheter som där gällde. Den socialmedicinska misären torde ha varit minst lika viktig att bekämpa som den moraliska. Barnens hälsa var en viktig politisk fråga, inte bara eller främst en moralfråga.⁹ Möjligen läser Olson historien alltför litet ur ett samlat familje-, barn- och ungdomsperspektiv, alltför mycket ur ett fritidssysselsättningsperspektiv. För de politiska aktörerna gällde debatten de utsatta människornas hälsa och totala välbefinnande (under hela dygnet). Ett stort välfärdspolitiskt scenario tenderar Olsons fritidspolitiska koncept att reducera till en kamp om de icke-respektablas moraliska autonomi gentemot staten.

Slutord

Det är skada att Hans-Erik Olson utrustar sig med så okänsliga, ineffektiva och passiviserande begrepp. Hans idylliserade och manscentrerade skildringar av hur fritiden gestaltades innan Leviathan grep in passar bara alltför väl in i hans programmatiska föreställningsvärld. Genom att ryckas loss från sitt breda sociala sammanhang blir fritiden en moralfråga. Vilka politiska idéer som fanns kring ungdomens fritid blir därmed bara belysta av en hän-delse.

Lyckligtvis är begreppsapparaten inte så konsekvent använd att empiriska rön i annan riktning inte orkar tränga sig fram. Därför är

Olsons avhandling en ömsom provocerande, ömsom medryckande men genomgående intresseväckande och välskriven studie av några kritiska passager i välfärdsstatens utveckling. Hans innovativa ämnesval och hans angreppssätt frambringar delvis ny kunskap. Den tidsmässigt ganska långa perioden, liksom jämförelsen mellan den nationella utvecklingen och den kommunala är också fruktbarande. Slutligen vitaliserar hans förtrogenhet med andra socialvetenskaper framställningen.

Erik Amnå

Noter

1. "Att forska om fritid! Plan för uppbyggandet av svensk fritidsvetenskap". *Forum för fritidsforskning, Stockholms Universitet: Fritidspolitiska studier 3, 1989, s 9.*
2. Dahl, Robert A: *Dilemmas of Pluralist Democracy. Autonomy vs. Control*, New Haven and London: Yale University Press 1982, s 22.
3. *Ibid*, s 19.
4. Dahlström, Edmund: Normer, avvikelse och social kontroll, ur *Sociala avvikelser och social kontroll*, red. J. Israel, Stockholm: Almqvist & Wiksell 1968 s 17-46, s 19 (cit).
5. Davidsson, Barbro, Forsling, Christina: *Abort förr och nu – en bok om aborträtten*, Stockholm: Röda rummet 1982, s 21 ff.
6. Ohlander, Ann-Sofie: Det osynliga barnet? Kampen om den socialdemokratiska familjepolitiken, ur *Socialdemokratins samhälle*, red: Misgeld, K – Molin, K – Åmark, K, Stockholm: Tiden 1988 s 170-190, s 175 f (cit).
7. Stockholms stadsfullmäktige; motioner, nr 10, 1941.
8. *Dito*, nr 30, 1941.
9. Ohlander a.a. s 174 f.